

**K3-795-3: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN ZUSAMMENHALTEN**

Antragsteller\*innen      LAG Gesundheit und Soziales (dort  
beschlossen am: 29.04.2023)

**Von Zeile 794 bis 795 einfügen:**

telemedizinischer Begleitung müssen möglich sein. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Initiativen zum Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch auf Bundesebene müssen unterstützt und zeitnah umgesetzt werden. Maßnahmen und Aktionen, die zu einer Stigmatisierung von Frauen führen und/oder die Sicherheit von Einrichtungen bedrohen nehmen wir nicht hin.

**Begründung**

Die Sachverständigenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin auf Bundesebene erarbeitet zur Zeit Vorschläge zur Neuregelung der Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch. Maßnahmen sollten zügig in Bayern umgesetzt werden und ggf. in Bund-Ländergesprächen nicht blockiert werden.

Gesteigbelästigungen von Patientinnen und Mitarbeiter\*innen vor Einrichtungen die Schwangerschaftsabbrüche durchführen dürfen nicht pauschal durch die Versammlungsfreiheit gedeckt sein.